



## Förderkürzung: Ad-hoc-Handlungen sorgen erneut für Verunsicherung

**Nachdem bereits letzte Woche massive Kürzungen der Energieberatungsförderungen auf der Webseite des Bafa veröffentlicht und kurze Zeit später wieder durch die alten Werte ersetzt wurden, bestätigten sich heute auf Anfrage des GIH beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die Änderungen.**

**Der Bundesvorsitzende des Energieberater:innenverbands GIH, Stefan Bolln, sagt dazu:**

„Die ständigen Ad-hoc-Handlungen seitens der Behörden schüren weiterhin starke Verunsicherungen. Sowohl Energieberatende als auch Verbraucher:innen können nicht planen, mit welcher Förderung sie bis Ende des Jahres rechnen können. Die Verunsicherung und die Verärgerung sind überall spürbar. Bei uns Laufen die Drähte heiß.

Dem GIH ist durchaus bewusst, dass die Fördermittel stark nachgefragt werden und begrüßt zudem die positive Wahrnehmung in der Bevölkerung, die Energieeffizienz und den Klimaschutz durch Sanierungsmaßnahmen voranzubringen. Eine transparente, planbare Kommunikation mit den fachlichen Akteuren kommt aber wieder mal zu kurz.

Die, laut BMWK, gestellten 80.000 Anträge für Energieberatungen in Wohngebäuden zeigen, dass der Bedarf und der Wille in der Bevölkerung hoch sind. Die Sanierungsquote mit derzeit 0,7 Prozent ist aktuell noch weit von den erforderlichen zwei Prozent zur Erreichung der Klimaziele entfernt. Eine abrupte Förderkürzung ist jetzt schlichtweg das falsche Signal und lässt die Zielerreichung in weite Ferne rücken. Der GIH fordert daher eine schrittweise Umsetzung der Änderungen und keine Nacht- und Nebelaktion. Wir haben Vorschläge ungefragt eingebracht und wünschen uns die Berücksichtigung.“

Zudem sei eine ressort-interne Umschichtung der Fördermittel denkbar: Die 2023 nicht abgeflossenen Mittel aus der BEG-EM könne man in die Beratungsprogramme umschichten und die Förderung in gemeinsamer Lösungsfindung für das nächste Jahr reformieren. Damit hätten alle Beteiligten genug Zeit, sich darauf einzustellen und die Mittel kämen mehr Bürger:innen zu Gute.